
Deutscher Industrie- und Handelskammertag

Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (Neufassung)

vom 01. Februar 2018, COM/2017/0753 final - 2017/0332 (COD)

(English translation can be found on page 10)

A. Das Wichtigste in Kürze

Mit dem Vorschlag zur Reform der Richtlinie über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch vom 01. Februar 2018 (Trinkwasserrichtlinie) strebt die EU-Kommission u. a. an, die Trinkwasserqualität in der EU zu verbessern und den Zugang zu sauberem Trinkwasser zu erleichtern. Viele Unternehmen - beispielsweise im Bereich der Gastronomie, dem Tourismus oder dem Lebensmittelverarbeitenden Gewerbe - sind auf die Sicherstellung einer hohen Qualität des Trinkwassers angewiesen. Die genannten Ziele der EU-Kommission bewertet der DIHK deshalb grundsätzlich positiv. Gleichzeitig findet der mit dem Reformvorschlag ebenfalls verfolgte Gedanke, Kunststoffabfälle in der Europäischen Union zum Schutz natürlicher Ressourcen und der Umwelt zu reduzieren, die grundsätzliche Zustimmung des DIHK.

Bereits bestehende Vorschriften führen schon heute zu einer sehr guten Trinkwasserqualität in Deutschland. Durchgeführte Aufbereitungsmaßnahmen und Kontrollen sowie definierte Anforderungen an Bauprodukte weisen hier einen hohen Standard auf. Vor diesem Hintergrund sollten weitere Anforderungen der Trinkwasserrichtlinie aus Sicht des DIHK nicht zu Mehrkosten für die Wirtschaft führen. Die EU-Kommission geht in ihrem Vorschlag von entstehenden Zusatzkosten in Gesamthöhe von mindestens 5,9 Mrd. Euro aus. Diese Mehrbelastung sollte reduziert werden.

Deshalb sollte eine reformierte Trinkwasserrichtlinie insbesondere:

- keine ordnungsrechtlichen Vorgaben zur kostenlosen Bereitstellung von Trinkwasser durch Unternehmen zulassen.

- den Umfang der Untersuchungs- und Überwachungspflichten nicht unverhältnismäßig erweitern.
- die Risikobewertung von Hausinstallationen präzisieren und in ihrem Umfang limitieren.
- Transparenz- und Informationspflichten verhältnismäßig gestalten.

B. Details - Besonderer Teil

Konkret regt der DIHK zum Vorschlag der EU-Kommission zur Reform der Trinkwasserrichtlinie Folgendes an:

1. Zu Art. 13, Abs. 1, Buchst. c des Richtlinienvorschlages

Der Reformvorschlag der EU-Kommission verpflichtet EU-Mitgliedsstaaten, die kostenlose Bereitstellung von Leitungswasser auf öffentlichen Plätzen, in öffentlichen Einrichtungen sowie in Restaurants, Kantinen und im Rahmen von Verpflegungsdienstleistungen zu fördern. Eine solch unklare Bestimmung wird in den EU-Mitgliedsstaaten voraussichtlich zu sehr unterschiedlichen Auslegungen führen. So könnten sich die europäischen Länder vor die Wahl gestellt sehen, die Maßnahmen zur Bereitstellung in Form von Förderprogrammen, Informationen oder auch durch ordnungsrechtliche Regelungen zu ergreifen.

Der DIHK spricht sich vor diesem Hintergrund gegen eine Verpflichtung zur kostenlosen Bereitstellung von Trinkwasser durch Unternehmen aus. Die EU-Kommission sollte eine bereits heute mögliche Förderung der kostenlosen Bereitstellung von Trinkwasser nach Ansicht des DIHK alleine auf Empfehlungen und grundsätzliche Freiwilligkeit beschränken und dies in der Richtlinie ausdrücklich klarstellen. Eine unternehmerische Verpflichtung sollte daraus jedoch keinesfalls erwachsen, die Entscheidungshoheit über das kostenlose Bereitstellen von Leitungswasser stattdessen mit Blick auf die konkrete Situation stets beim Unternehmen verbleiben.

Zur Erläuterung weist der DIHK darauf hin, dass sich der Verbraucherkonsum in der Gastronomie oder im Tourismus anderenfalls allein auf kostenloses Trinkwasser beschränken könnte. Damit gingen für die gastronomischen Unternehmen wesentliche wirtschaftliche Einbußen einher. Der Wegfall wichtiger Umsatzmargen im Getränkeverkauf würde Gastronomieunternehmen finanziell erheblich belasten. Schließlich verursacht selbst das Angebot von Leitungswasser als gastgewerbliche

Leistung betriebliche Kosten. Dies betrifft neben der Bezahlung einer Servicekraft etwa die Bereitstellung und Reinigung des genutzten Glases. Daneben fallen für die Unternehmen Ausgaben für Trink- und Abwasser an, etwa hinsichtlich einer regelmäßigen Legionellenprüfung, notwendiger Überwachungen oder nötigen Instandhaltungsarbeiten. Auch die Schaffung eines angenehmen Ambientes in den Räumlichkeiten verursacht ständige Betriebskosten. All diese Aufwendungen und Prozesskosten stellen wichtige Bestandteile der unternehmerischen Preiskalkulation für Speisen und Getränke dar. Bleibt deren Deckung aus, kommt es zur Gefährdung des betriebswirtschaftlichen Erfolges des Gastronomen.

Darüber hinaus steigern u. U. fehlende Trinkwasseranschlüsse die mögliche Kostenlast für bestimmte Unternehmen. Dies gilt etwa für mobile Verpflegungseinrichtungen (z. B. Bahn, Flugzeug, Schifffahrt, Imbisse, Food Truck usw.). Auf einem Ausflugschiff wird Wasser in einem Tank mitgeführt und müsste entsprechend vorbehandelt werden. Das hygienische Risiko bei der offenen Bereitstellung von Leitungswasser liegt schließlich beim Unternehmen.

2. Zur Art. 2 des Richtlinienentwurfes sowie zur Erweiterung der Parameterlisten

Mit der Aktualisierung und der Erweiterung der Parameterlisten auf Basis der Empfehlungen der WHO verfolgt die EU-Kommission das Ziel, die Trinkwasserrichtlinie an die wissenschaftlichen Erkenntnisse anzupassen. Dies gilt zum einen im Hinblick auf die vorgeschlagene Erweiterung der Parameterlisten. Daneben umfasst Art. 2 des Richtlinienentwurfes u. a. den Vorschlag einer neuen Größeneinteilung von Versorgungsunternehmen. Wasserversorger weisen hier darauf hin, dass die vorgeschlagene Neuordnung für bisher kleinere und mittelgroße Wasserversorger zu einer veränderten Zuordnung als nunmehr großes Versorgungsunternehmen führt. Damit gehen zusätzliche Anforderungen einher. In Zusammenhang mit Anhang II, Teil B, Tabelle 1 (mikrobiologische und chemische Parameter) käme es etwa zu einer größeren Häufigkeit der vorgeschriebenen Probeentnahmen. Auch werden dadurch eventuelle Untersuchungsreduzierungen erschwert. Wasserversorger in Deutschland erwarten in Konsequenz dieser Anpassungen einen finanziellen Mehraufwand, den sie in Form höherer Trinkwasserpreise an ihre Kunden weitergeben werden. Besonders für Unternehmen mit hohen Wasserverbräuchen erwartet der DIHK dadurch spürbare Kostenbelastungen. Der DIHK setzt sich deshalb dafür ein, die Zahl der zusätzlich zu untersuchenden Parameter mit dem Ziel zu überprüfen, den Untersuchungsaufwand zu reduzieren.

Zur Erläuterung: Mit dem Richtlinienvorschlag der EU-Kommission käme es zu einer Ausweitung der Untersuchungshäufigkeit ohne Differenzierung der Parameter nach Aufwand und Änderungswahrscheinlichkeit der Befunde (Trübung täglich, mindestens 10 Untersuchungen pro Jahr). Insbesondere bei kleinen Versorgungsunternehmen kann eine solche Häufigkeit neben der Ausweitung der Parameter im Verhältnis zu erheblichen finanziellen Belastungen - etwa Nachrüstungs- und Analysekosten - führen. Ebenso stehen betroffene Unternehmen bereits heute vor der potenziellen Schwierigkeit, zu wenige akkreditierte Labore vorzufinden. Diese Untersuchungshäufigkeit könnte zwar durch Vorlage einer alternativen Risikobewertung durch den Wasserversorger und behördlicher Zustimmung reduziert werden, allerdings ginge auch mit einer entsprechenden Risikobewertung ein erheblicher Kostenaufwand einher.

3. Zu Art. 10 des Richtlinienvorschlages

Der Richtlinienentwurf enthält eine Bewertung gesundheitlicher Risiken, welche von Hausinstallationen und den dafür verwendeten Produkten sowie Materialien ausgehen können (Risikobewertung von Hausinstallationen; Art. 10, Abs. 1 des Richtlinienvorschlages). Daneben eröffnet der Richtlinienentwurf den EU-Mitgliedsstaaten die Möglichkeit, spezielle Überwachungsstrategien für "prioritäre Räumlichkeiten" festzulegen. Als solche definiert der Vorschlag u. a. Krankenhäuser, Gesundheitseinrichtungen, Gebäude mit Unterkunftsmöglichkeiten, Strafanstalten und Campingplätze (Art. 2, Abs. 7 des Richtlinienvorschlages).

Die vorgeschlagene Risikobewertung von Hausinstallationen richtet sich zwar zunächst unmittelbar an die EU-Mitgliedstaaten. Mögliche Folgemaßnahmen betreffen jedoch potenziell auch Unternehmen (Art. 10, Abs. 1, Buchst. a.; Abs. 2, Buchst. c). Aus Sicht des DIHK gilt es daher grundsätzlich, eine mögliche Übertragung der daraus entstehenden Kostenlast oder des damit verbundenen Aufwandes der EU-Mitgliedsstaaten auf Unternehmen zu vermeiden.

In diesem Zusammenhang setzt sich der DIHK dafür ein, den unklaren Formulierungsrahmen des Richtlinienvorschlages zur Risikobewertung von Hausinstallationen bzw. Überwachungsstrategien zu präzisieren. So definiert der Richtlinienentwurf weder präzise Kriterien für die Durchführung noch für die anzuwendenden Ergebnismaßstäbe einer solchen Bewertung. Die wortwörtliche Bezeichnung einer Risikobewertung (entsprechend Art. 9 des Richtlinienentwurfes) erweckt aus Sicht des DIHK stattdessen den Eindruck, dass eine solche Einschätzung der gesundheitlichen Risiken inhaltlich der Risikobewertung der

Versorgung entspricht. Im Fall einer solchen Auslegung würden die Mitgliedsstaaten die Risikobewertung aller Voraussicht nach auf die Gebäudeeigentümer übertragen. Für die davon zahlreich betroffenen Unternehmen in Deutschland entstünden so hohe Kosten.

Der DIHK regt daher die Festlegung konkreter Anforderungen und präziser Maßstäbe im Rahmen der Risikobeurteilung von Hausinstallationen an. Ebenso bietet es sich aus Sicht des DIHK an, den Begriff der Risikobewertung in Art. 10 des Richtlinienvorschlages durch eine alternative Bezeichnung zu ersetzen. Dabei sollte die EU-Kommission klarstellen, dass sich die Maßnahme der Mitgliedstaaten nicht auf eine Risikobewertung einzelner Hausinstallationen bzw. Objekte bezieht. Stattdessen sollte es ausreichen, wenn allein die EU-Mitgliedsstaaten vorhandene Daten über Gebäude und die in ihnen vorhandene Hausinstallationen erheben. Weitere Maßnahmen sollten die EU-Mitgliedsstaaten zudem ausschließen können, wenn sie bereits Regularien zur Risikominimierung geschaffen haben.

In Art. 10, Abs. 1, Buchst. b schlägt die EU-Kommission zudem vor, im Rahmen der Risikobewertung regelmäßige Überwachungen von Hausinstallationen zu den Parametern Legionellen und Blei durchzuführen, bei denen die Gefahr für die menschliche Gesundheit potenziell am größten ist. Außerdem sollen weitere Parameter überwacht werden, wenn diese in der Risikobewertung als relevant identifiziert wurden. In Deutschland bestehen bereits umfassende Prüfpflichten im Hinblick auf Legionellen in Hausinstallationen. Blei darf in der Trinkwasserinstallation ebenfalls schon seit Jahren nicht mehr verwendet werden. Gebäudeeigentümer und Wasserversorger sind zum Austausch dieser Leitungen verpflichtet. Eine Prüfpflicht hinsichtlich Blei in Hausinstallationen besteht allerdings nicht. Eine Einführung dieser Anforderung in der Trinkwasserrichtlinie kann deshalb zu Mehraufwand bei Unternehmen führen, die über ältere Gebäude verfügen.

Der DIHK setzt sich somit für eine Ausnahme von der Pflicht zur Überwachung ein, wenn EU-Mitgliedsstaaten bereits geeignete Maßnahmen ergreifen, um die Belastung des Trinkwassers durch Blei zu minimieren. Eine Pflicht zur regelmäßigen Überwachung von Blei in Hausinstallationen würde einen hohen Aufwand verursachen, der im Verhältnis zu den zu erwartenden geringen Befunden unverhältnismäßig erscheint. Zu einer bleibezogenen Risikobeurteilung einer Hausinstallation bedarf es aus Sicht des DIHK daher keiner wiederkehrenden Prüfungspflicht. Zudem sollte eine solche Überwachung nicht regelmäßig durchgeführt werden, da Bauprodukte mit Blei in Trinkwasserinstallationen in Deutschland nicht mehr zulässig sind und keine neuen Befunde zu erwarten sind.

4. Zu Art. 14 des Richtlinienvorschlages

Die im Richtlinienentwurf vorgesehene Zugangserweiterung zu trinkwasserbezogenen Informationen bewertet der DIHK als zu umfangreich. Diese Transparenz- und Informationspflichten würden aus Sicht des DIHK schließlich insbesondere für kleine Versorgungsunternehmen zu einem unverhältnismäßig großen Verwaltungs- und damit Kostenaufwand führen.

C. Ansprechpartner mit Kontaktdaten

Moritz Hundhausen
Leiter des Referats Europäische Umwelt- und Rohstoffpolitik
DIHK | Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.
Breite Straße 29 | 10178 Berlin
Telefon: 030 20308-2210
E-Mail: hundhausen.moritz@dihk.de
<http://www.dihk.de>

E. Beschreibung DIHK

Unter dem Dach des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) haben sich die 79 Industrie- und Handelskammern (IHKs) zusammengeschlossen. Unser gemeinsames Ziel: Beste Bedingungen für erfolgreiches Wirtschaften. Auf Bundes- und Europaebene setzt sich der DIHK für die Interessen der gesamten gewerblichen Wirtschaft gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit ein.

Denn mehrere Millionen Unternehmen aus Handel, Industrie und Dienstleistung sind gesetzliche Mitglieder einer IHK - vom Kiosk-Besitzer bis zum Dax-Konzern. So sind DIHK und IHKs eine Plattform für die vielfältigen Belange der Unternehmen. Diese bündeln wir auf demokratischem Weg zu gemeinsamen Positionen der Wirtschaft und tragen so zum wirtschaftspolitischen Meinungsbildungsprozess bei.

Darüber hinaus koordiniert der DIHK das Netzwerk der über 130 Auslandshandelskammern, Delegationen und Repräsentanzen der Deutschen Wirtschaft in mehr als 90 Ländern.

Er ist im Register der Interessenvertreter der Europäischen Kommission registriert (Nr. 22400601191-42).

Proposal for a DIRECTIVE OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL on the quality of water intended for human consumption (recast)

COM(2017) 753 final, 2017/0332(COD)

A. The most important facts

With the reform proposal for the directive on the quality of water intended for human consumption (COM (2017) 753 final, regarding the *drinking water directive* (98/83/EC)) of 1 February 2018, the EU Commission seeks to improve the drinking water quality in the EU as well as to facilitate access to clean drinking water. Many companies - for example in the field of gastronomy, tourism or the food processing industry - depend on the assurance of such high drinking water quality. The above-mentioned objectives of the EU Commission are therefore highly valued by the DIHK. At the same time, the aim of reducing plastic waste in the European Union for the protection of natural resources and the environment - which is also pursued by the reform proposal - finds the general consent of the DIHK.

Due to existing regulations as well as to the awareness of hygienically faultless water, the drinking water in Germany is yet of very high quality. Implemented preparation measures and controls as well as defined requirements on construction products reach an excellent standard here. Against this background, further requirements of the drinking water directive should not lead to additional costs for the economy from the point of view of the DIHK. In its reform proposal, the European Commission is assuming additional costs amounting to at least 5.9 billion Euro. This additional financial burden should be reduced.

Therefore, a reformed drinking water directive should in particular:

- not include statutory or binding standards for businesses regarding a free provision of drinking water to customers.
- not disproportionately increase the scope of investigation and monitoring requirements.
- specify the domestic distribution risk assessment and limit its scope.
- keep transparency and information requirements proportionate.

B. Details - Special Section

On the reform proposal of the EU Commission regarding the drinking water directive, the DIHK specifically suggests:

1. Regarding Art. 13 (1) (c) of the directive proposal

The EU Commission's reform proposal requires EU Member States to promote the free provision of tap water in public places, public facilities, restaurants, canteens and catering services. Such unclear provision is likely to lead to very different interpretations in the EU member states. For example, European countries could be faced with different options of taking measures to provide funding programs, information or regulations.

Against this background, the DIHK speaks out against a statutory provision or legal obligation for gastronomic businesses to provide drinking water free of charge. In the view of the DIHK, the European Commission should explicitly limit the intended promotion of the free provision of drinking water - which is already possible today - solely to recommendations and general voluntariness in the directive. However, no legal obligation for businesses should by any means occur from such. The individual decision over the free provision of tap water should always remain with the business in view of the specific situation.

To clarify, the DIHK points out that consumer consumption in restaurants or in touristic spots could otherwise be narrowed just to free tap water alone. In fact, such would lead to significant economic losses for the gastronomic businesses. The omission of important margins in beverage sales would significantly affect catering companies financially. Eventually, even the supply of tap water as a restaurant service causes operating costs. For example, this applies to the payment of a waiter as well as for the provision and cleaning of the glass used. Additionally, businesses face expenses on drinking water and wastewater, such as regular legionella testing, necessary monitoring or maintenance. The creation of a pleasant atmosphere in the premises also causes constant operating costs. All these expenses and process costs are important components of the business price calculation for food and beverages. If there is no financial coverage, the gastronomic business success is at risk.

In addition, a possibly missing drinking water supply may even increase the potential burden of cost for certain businesses. This applies, for example, to mobile catering facilities (e.g. railway, aircrafts, shipping, mobile snack bars, food trucks, etc.). E.g. on a tour boat, water is carried in a tank and would need to be pretreated accordingly. In fact, the hygienic risk of an open provision of tap water lies with the business.

2. Regarding Art. 2 of the directive proposal and the extension of the parameter lists

By updating and expanding the lists of parameters based on WHO recommendations, the EU Commission pursues the goal of adapting the drinking water directive to scientific findings. On the one hand, this applies to the proposed extension of the parameter lists. On the other hand, Art. 2 of the draft directive includes – among others - the proposal for a new sizing of water suppliers. Water utilities point out that the proposed reorganization for as of yet smaller and medium-sized water suppliers in Germany would lead to an altered allocation as – thereupon - large water supplier. Associated with this are additional requirements. The new sizing - in connection with Annex II, Part B, Table 1 (microbiological and chemical parameters) - for example would lead to a higher frequency of a mandatory sample taking. Furthermore, such measure would aggravate possible investigation reductions. As a consequence of these adjustments, water suppliers in Germany presume additional financial expenses, which they will pass on to their customers in the form of increased drinking water prices. Especially for companies with high water consumption, the DIHK expects noticeable cost burdens. Thus, the DIHK advocates for reviewing the number of additional parameters to be investigated with the aim of reducing the investigation expenditure.

3. Regarding Art. 10 of the directive proposal

The draft directive contains an assessment of health risks that may arise from in-house installations and the products and materials used for them (domestic distribution risk assessment, Art. 10 (1) of the draft directive). In addition, the draft directive gives EU Member States the possibility to define a specific monitoring strategy for "priority premises". As such, the proposal defines healthcare institutions, buildings with a lodging facility, penal institutions and campgrounds (Art. 2 (7) of the proposed directive).

The proposed domestic distribution risk assessment is initially aimed at the EU Member States. However, possible follow-up measures potentially affect companies as well (Art. 10 (1) (a), (2) (c)). From the point of view of the DIHK, it is therefore fundamental to avoid a possible transfer of the resulting cost burden or the associated expenditures of the EU Member States to companies.

In this context, the DIHK advocates for the specification of the ambiguous wording of the draft directive regarding the domestic distribution risk assessment and the monitoring strategy. Neither does the draft directive define any precise criteria for the assessment conduct nor does it define a standard for the results of such a valuation. Instead, from the point of view of the DIHK, the literal name of a "risk assessment" (in accordance with Art. 9 of the draft directive) creates the impression that such assessment in its content resembles the supply risk assessment. In the case of such an interpretation, EU Member States would most likely transfer the risk assessment to the proprietor of the building. Consequently, high costs would emerge for the numerous companies affected in Germany.

The DIHK therefore suggests the definition of specific criteria and precise standards in the context of the domestic distribution risk assessment. Similarly, from the point of view of the

DIHK, there is room to replace the term “risk assessment” in Art. 10 of the proposed directive with an alternative name. In the course of this, the EU Commission should clarify that the measure of the EU Member States does not refer to a risk assessment of individual house installations or objects. Instead, it should be sufficient that only the EU Member States collect existing data on buildings and home installations in place. In addition, the EU Member States should be granted the opportunity to exclude further measures if they have already set up sufficient national rules for the risk minimization.

In Art. 10 (1) (b), the EU Commission also proposes to carry out frequent inspections of domestic distributions on the parameters of legionella and lead as part of the risk assessment, where the risk to human health is potentially highest. According to the proposal, further parameters are to be monitored if they have been identified as relevant in the risk assessment. In Germany, extensive testing obligations with regard to legionella in domestic distributions are already in place. The use of lead has also been prohibited in the drinking water installation here for years. Building owners and water suppliers are obliged to replace affected pipes. A mandatory inspection of house installations on lead, however, does not exist in Germany. The introduction of such requirement in the drinking water directive may therefore result in additional expenses for companies owning older buildings.

Thus, the DIHK advocates for an exception of the monitoring obligation so far as EU Member States already undertake appropriate measures to minimize the lead pollution in the drinking water. A duty to periodically monitor lead in domestic distributions would cause extensive cost burdens and therefore seems disproportionate in relation to the expected low findings. Consequently, from the point of view of the DIHK, a lead-based risk assessment of a domestic distribution does not require a recurring examination obligation. Besides, such monitoring should not be carried out regularly, as construction products containing lead in drinking water installations in Germany are no longer permitted and no new findings are to be expected.

4. Regarding Art. 14 of the directive proposal

The extension of access to information related to drinking water – as provided in the draft directive – is evaluated as too comprehensive by the DIHK. From the point of view of the DIHK, these obligations of transparency and information would – especially for small and midsized companies - ultimately lead to a disproportionately high administrative and therefore financial expenditure.



Brüssel, 29. März 2018

C. Contact

Moritz Hundhausen
Leiter des Referats Europäische Umwelt- und Rohstoffpolitik
DIHK | Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.
Breite Straße 29 | 10178 Berlin
Telefon: 030 20308-2210
E-Mail: hundhausen.moritz@dihk.de
<http://www.dihk.de>

D. DIHK

The German Chambers of Industry and Commerce (DIHK) is the leading organization of the 79 Chambers of Industry and Commerce (IHKs) in Germany, representing 3.6 million companies in industry, trade and services. All companies in Germany - except crafts, free professions and farms - are by law member of an IHK. The DIHK also coordinates the network of the 130 German Chambers of Commerce Abroad as well as delegations and representative offices of the German economy in 90 countries.